

An die SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Stuttgart, 18.10.2025

Für eine flexible Umsetzung des Verbrenner-Aus 2035 – sozial, realistisch, zukunftsfest

Liebe Genossinnen und Genossen,

Baden-Württemberg ist Herz der deutschen Automobilindustrie – und damit einer der wichtigsten Industriestandorte Europas. Gemeinsam mit Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern der Branche wenden wir uns heute an Euch, weil es um nicht weniger geht als um die Zukunft von Millionen Arbeitsplätzen – in Europa, in Deutschland und ganz besonders in unserem Bundesland.

13 Millionen Jobs in Europa hängen direkt oder indirekt an der Automobilindustrie. Sie steht für sieben Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts und für ein Drittel aller privaten Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen. Allein in Baden-Württemberg sichert das Automobil-Wertschöpfungscluster rund 315.000 Arbeitsplätze direkt und über 480.000 Beschäftigte im erweiterten Umfeld – also fast jeden sechsten Industriearbeitsplatz im Land. Wer die Automobilbranche stärkt, sichert Wohlstand, Innovation und soziale Sicherheit.

Klar ist: Die Zukunft ist elektrisch. Die Unternehmen investieren Milliarden in E-Mobilität – das bleibt die Hauptstraße. Doch erfolgreiche Transformation gelingt nur, wenn Politik und Industrie gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die Politik muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen – mit bezahlbarer Energie, einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur und wirksamen Anreizen für den Umstieg. Gleichzeitig sind die Hersteller in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten: durch Investitionen in Zukunftstechnologien, faire Preise für E-Fahrzeuge und klare Zusagen für Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland. Noch verdient die Industrie ihr Geld mit dem Verbrenner – und genau diese Gewinne sichern derzeit die Investitionen in die E-Mobilität.

Als die EU 2022 das Verbrenner-Aus ab 2035 beschlossen hat, konnte niemand die heutigen Rahmenbedingungen und neuen Herausforderungen absehen – Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Handelskonflikte, Zölle, zunehmender Wettbewerbsdruck aus China. Unter diesen Bedingungen ist das ursprüngliche Ziel, ab 2035 nur noch Fahrzeuge mit rein elektrischem Antrieb zuzulassen, realistisch nicht umsetzbar.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, das EU-Ziel flexibler zu gestalten – ohne das Ziel der Klimaneutralität aufzugeben. Es geht nicht um ein Zurückdrehen, sondern um eine kluge Brücke. Eine Flexibilisierung, die es erlaubt, Brückentechnologien länger zu nutzen. Wir brauchen eine Umsetzung, die Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zusammenbringt.

Im Interesse der Beschäftigten, des Industriestandorts Deutschland und insbesondere Baden-Württembergs müssen wir verhindern, dass Unternehmen aus Kostendruck und Perspektivlosigkeit ihre Produktion verlagern. Klimaschutz, Beschäftigung und industrielle Stärke dürfen nicht gegeneinander

ausgespielt werden. Wenn wir diese Balance verlieren, geben wir den Arbeitgebern alle Argumente in die Hand, Deutschland als Produktionsstandort infrage zu stellen – mit gravierenden Folgen für Wertschöpfung, Ausbildung und soziale Sicherheit.

Das wäre nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer Fehler. Denn die Menschen erwarten von uns praktikable Antworten: Wie sichern wir Arbeit, Wohlstand und Innovation – ohne ideologische Scheuklappen, aber mit sozialdemokratischem Kompass.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Politik darf in dieser Frage nicht lähmen. Wir müssen den Menschen zeigen, dass Sozialdemokratie Antworten hat, die Realität, Verantwortung und Zukunft verbinden. Wenn diese Antworten ausbleiben, droht die Entfremdung jener, die uns über Jahrzehnte getragen haben – der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich die industrielle Basis dieses Landes sichern. Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und die zentralen Fragen unserer Zeit konstruktiv und realistisch angehen – und dazu gehört auch, wie wir Beschäftigung in Deutschland und Europa erhalten können.

Bleiben unsere Antworten aus, wächst die Gefahr, dass sich viele von der Politik abwenden – und jenen zuwenden, die einfache Lösungen versprechen – auch wenn sie unsere Demokratie infrage stellen. Das dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen.

Wir bitten Euch daher, Euch innerhalb der Bundestagsfraktion und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Verbrenner-Aus flexibel, verantwortungsvoll und sozialverträglich ausgestaltet wird – im Sinne der Beschäftigten, des Klimas, der industriellen Stärke Deutschlands und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Mit solidarischen Grüßen



Andreas Stoch

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg



Ergun Lümalı

Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Mercedes-Benz Group AG



Achim Dietrich

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der ZF Friedrichshafen AG



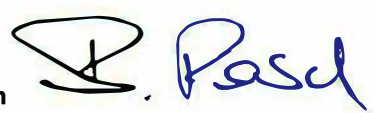
Frank Sell

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Unternehmensbereichs Mobility Solutions der Bosch-Gruppe



Michael Brecht

Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrat der Daimler Truck AG



Barbara Resch

Bezirksleiterin der IG Metall Baden-Württemberg